

löwenzahn

Mitteilungsblatt der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig _Heft 02 | 2015

Gerangel um den Migrantenbeirat [↗](#) Seite 3

Solidarisch finanzierter Nahverkehr [↗](#) Seiten 4

Zum Doppelhaushalt 2015/16 [↗](#) Seite 6



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



Gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse

Dieses Jahr werden wir den 1. Mai in Leipzig nutzen, um unsere Kampagne „Das muss drin sein“ vorzustellen. Deren Laufzeit wird sich über mehrere Jahre erstrecken. Mit dieser Kampagne wird der Versuch unternommen, eine Gegenstrategie zu Merkels autoritärer Krisenpolitik und dem rechtspopulistischen Kulturkampf zu entwickeln.

In Deutschland wird vom „Jobwunder“ gesprochen. Die Regierungen verschließen sich aber davor, dass Millionen Menschen in unserem Land durch Dauererwerbslosigkeit und wachsende Armut keine Zukunftsperspektive auf gute Arbeits- und Lebensbedingungen haben.

Hier setzt unsere Kampagne genau an. Wir wollen die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, skandalisieren und zum Bestandteil der politischen Auseinandersetzung machen. Entlang dieses Slogans kann der Kampf darum geführt werden, was in einem reichen Land als selbstverständlich gelten sollte. Dazu stellen wir fünf zentrale Forderungen: Befristung und Leiharbeit stoppen; Mindestsicherungen ohne Sanktionen statt Hartz IV; Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst; Wohnen und Energie bezahlbar machen; Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.
 ↘ Sören Pellmann

Gleiche Rechtsverhältnisse in der Stadt – es ist an der Zeit



1999: Einige Leipziger Umlandgemeinden ließen sich freiwillig eingemeinden und konnten mit einem Eingemeindungsvertrag noch diesen und jenen Vorteil herauschlagen. Andere waren eher trutzig und beharrten bis zum letztmöglichen Tag auf ihrer Randlagen-Selbständigkeit. Sie wurden nach dem Gesetz eingemeindet und danach von Leipzig eher etwas stiefmütterlich behandelt.

Doch das ist nun über fünfzehn Jahre her. Zeit, alte Ungleichheiten zu überwinden.

Das tut die Leipziger Stadtverwaltung auch. So werden den eingemeindeten Ortschaften ihre Brauchtumsmittel künftig entsprechend ihrer Einwohnerzahl ausgereicht und nicht mehr nach ihrer Eingemeindungsart.

Doch wir wollen den nächsten Schritt in Richtung Gleichheit – nämlich die Ortschaftsverfassung nach § 65 ff. der Sächsischen Gemeindeordnung im gesamten Stadtgebiet einführen. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag ins Verfahren gegeben, nicht zum ersten Mal.

Aus Stadtbezirksbeiräten sollen Ortschaftsräte werden. Die schon bestehenden Ortschaftsräte sollen unbefristet erhalten bleiben.

Die Ortschaftsverfassung ist eine gute Möglichkeit, Entscheidungen direkt vor Ort zu treffen. Dort leben die davon Betroffenen. Dort ist die unmittelbare Kenntnis der Sache vorhanden.

Die bei den Kommunalwahlen direkt gewählten Ortschaftsräte haben eine demokratischere Legitimation als die berufenen Stadtbezirksbeiräte. Deshalb haben sie auch weitergehende Mitwirkungsrechte wie das Rede- und Antragsrecht. Die Ortschaftsräte haben im Unterschied zu den jetzigen Stadtbezirksbeiräten auch finanziell bessere Gestaltungsmöglichkeiten, da sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben über entsprechende Haushaltsmittel entscheiden dürfen.

Sicher gibt es dabei Probleme, so das der unterschiedlichen Größe der Stadtbezirke – untereinander und gegenüber den eingemeindeten Ortsteilen. Probleme sind aber da, um gelöst zu werden, nicht, um Lösungen zu verhindern. Bis 2019 ist dafür Zeit.

↘ Dr. Ilse Lauter

TERMINE

Fraktionssitzungen

im Neuen Rathaus ↗ 13. 05. ↗ 27. 05. ↗ 10. 06. ↗ 25. 06. 2015 | 17:00 Uhr

Ratsversammlungen

im Neuen Rathaus, Ratssaal ↗ 20. 05. ↗ 17. 06. 2015 | 14:00 Uhr

Bürgersprechstunden

in Grünau mit Stadtrat Sören Pellmann | im Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16
 ↗ 18. 05. ↗ 01. 06. ↗ 15. 06. 2015 | 16:00–18:00 Uhr

im Osten mit Stadträtin Carola Lange | im Jugend- und Altenhilfverein, Goldsternstr. 9
 ↗ 21. 05. ↗ 25. 6. 2015 | 15:00–17:00 Uhr

Parteipolitisches Gerangel um den Migrantenbeirat ist unwürdig



Was lange währt, wird endlich gut ... zumindest hoffen wir das, denn nach langer Vorarbeit der Mitglieder des Beirates in 2011, 12 und 13 wurde in einer Prüfung der Durchführbarkeit seitens der Verwaltung zunächst von einer Direktwahl abgeraten. Die Beteiligung würde zu gering sein, das belegen Wahlen in anderen Städten, und eine Ausgewogenheit in der Besetzung könne nicht garantiert werden, waren Argumente des Referats für Migration und Integration. Davon ließen sich die Mitglieder des Migrantenbeirates nicht beirren und warben weiter für ihr Anliegen. Denn besonders den Migrant_innen, die sich nicht an Kommunalwahlen beteiligen können, sollte eine Teilhabe an politischen Prozessen ermöglicht werden.

Der Erfolg stellte sich ein. In der Ratsversammlung am 15. Oktober 2014 wurde schließlich mit einer Mehrheit beschlossen, dass die 16 Mitglieder des Migrantenbeirates der Stadt Leipzig mit Migrationshintergrund, welche nicht durch die Fraktionen bestellt werden, zukünftig durch die Migrant_innen der Stadt Leipzig direkt gewählt werden. Mit

einem Änderungsantrag hatten wir, die Fraktion DIE LINKE, beantragt, dass die Verwaltung so schnell wie möglich alle notwendigen Schritte zur Durchführung der Wahl einleitet, damit sie innerhalb eines Jahres durchgeführt werden kann.

Erste Entwürfe liegen bereits vor, viele Details der Umsetzung müssen aber noch geklärt werden. Reicht eine Briefwahl oder sollte auch online gewählt werden können? Wieviel Werbung und Aufklärung muss stattfinden, um Menschen zu aktivieren, sich an der Wahl zu beteiligen? Wie soll die Aufstellung der Kandidat_innen stattfinden? Die Diskussion ist eröffnet, aber es ist noch nicht soweit ...

In der Zwischenzeit entspannt sich ein unwürdiges Gerangel um die Interims-Neubesetzung des Beirates. Diese wurde von anderen Fraktionen, wie z. B. der CDU-Fraktion, dessen Vertreter in den letzten drei Jahren nur einmal im Migrantenbeirat anwesend war, benutzt, um eigene Parteiinteressen, also entsprechende Kandidat_innen, durchzusetzen, ungeachtet dessen, dass das Referat bei der Auswahl der Bewerber_innen für

den Beirat bereits berücksichtigte, dass Männer und Frauen, verschiedenste Migrationsgeschichten, Herkunft, Altersgruppen und sozialen Status gleichermaßen vertreten sind.

Letztlich konnte auch in der vierten Lesung keine Einigung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung erzielt werden. So trafen die Mitglieder des Stadtrates am 25. März 2015 selbst eine Auswahl der neuen Mitglieder des Migrantenbeirates, die nun bis zu dem Zeitpunkt der Direktwahl die Interessen der Migrant_innen in Leipzig vertreten werden. Nach der konstituierenden Sitzung am 22. April werden sich die Vertreter_innen als erstes wieder mit dem Entwurf zur direkten Wahl des Beirates befassen.

Wir unterstützen sie dabei und gratulieren den neuen Mitgliedern des Migrantenbeirates aus der Ukraine, Vietnam, Mexiko, Chile, Türkei, Russland, USA, Indien, Syrien, Palästina, China, Kamerun, Spanien und Brasilien!

↳ Mandy Gehrt



Ein solidarisch finanzierter Nahverkehr ist möglich und nötig!

Nach jahrelanger Kritik an der Spirale der Tariferhöhungen bei Bahn und Bus drängt DIE LINKE seit 2012 konsequent auf die Untersuchung alternativer Formen der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs. Denn klar ist: Steigende Fahrpreise allein können auf Dauer den Finanzbedarf der Verkehrsunternehmen nicht stemmen. Eher machen sie den Nahverkehr unattraktiv, erzeugen Frust und verschärfen die wirtschaftliche Situation vieler Familien. Die Fraktion nahm sich nunmehr die Zeit, im Rahmen einer Klausurberatung unter der Überschrift „solidarisch finanzierter Nahverkehr“ das Bürgerticket etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn ohne eine veränderte Finanzierung müssten wir weiterhin die jährlichen Preissteigerungen hinnehmen. Dies wollen wir verhindern.



Franziska Riekewald:

»Wir wollen die jährlichen Fahrpreiserhöhungen verhindern, dazu benötigen wir alternative Finanzierungsformen.«



Reiner Engelmann:

»Der Einführung des beitragsfinanzierten fahrscheinlosen ÖPNV muss die Akzeptanzentwicklung in der Bevölkerung vorausgehen.«

Kann das Bürgerticket eine Lösung sein?

Zusammen mit Experten wurden Pro und Contra diskutiert. Zunächst wurde noch einmal deutlich: Die Finanzierungs- und Infrastrukturprobleme der Verkehrsunternehmen sind schon heute immens und werden sich weiter verschärfen, wenn nicht eine Gegensteuerung gelingt. Andererseits ist der ÖPNV unverzichtbar. Die Gewährleistung von Mobilität für alle gehört zur Daseinsvorsorge und ermöglicht Teilhabe am Leben.

Dominik Fette, Mitarbeiter der verkehrspolitischen Sprecherin der LINKEN im Bundestag, kennzeichnete die auch uns bekannte Situation: Autos machen Lärm, Dreck und benötigen große Teile des öffentlichen Raums, der für andere

Dinge fehlt. Auch Unfallstatistiken sprechen, z. B. mit 977 Toten im Jahr 2013, eine deutliche Sprache.

Das Bürgerticket ist eine Finanzierungsvariante, die solidarisch die Lasten auf viele Schultern verteilt, die das komplizierte Tarifsystem abschafft, größere Stabilität in der Finanzierung ermöglicht und den ÖPNV attraktiver macht. Gegenwärtig wäre jede konkrete Summe nur Spekulation, denn zuvor muss per



Dominik Fette:

»Der Nulltarif im ÖPNV wäre ein großer Schritt zur Verwirklichung des Rechts auf Mobilität.«

politischer Willensbildung feststehen, welche Gruppen von der Beteiligung ausgenommen oder nur vermindert herangezogen werden sollen (Kinder, Jugendliche, Menschen mit niedrigem Einkommen usw.). Auch beim Bürgerticket wird es eine solche Differenzierung geben müssen. Erfahrungen aus Kommunen, die ein Bürgerticket haben, belegen

ausnahmslos, dass dann die öffentlichen Verkehrsmittel deutlich stärker genutzt werden. Das heißt weniger Autos, weniger Staus, weniger Lärm. Für Kritiker sind jedoch die steigenden Fahrgastzahlen zugleich auch der größte Nachteil, da die Anforderungen an Fahrzeugpark und Personal der Verkehrsunternehmen steigen. Das jedoch sollte eine lösbare Herausforderung sein.

Was das Bürgerticket nicht leisten kann, ist der Abbau des Investitionsstaus und die Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen. Dazu sind weitere Formen der Finanzierung zu erschließen. Wünschenswert ist, alle Nutznießer an den Kosten des ÖPNV zu beteiligen.

Was bedeutet Finanzierung durch Nutznießer?

Da der Öffentliche Personennahverkehr einen gesamtwirtschaftlichen Nutzen besitzt, sollten auch all jene, die indirekt davon profitieren, an der Finanzierung beteiligt werden. Damit sind Arbeitgeber, die Wirtschaft, Grundstücks- und Immobilienbesitzer – kurz: die Allgemeinheit – gemeint. Gute Anbindung an den ÖPNV sorgt für höhere Attraktivität und damit auch für höheren Umsatz bzw. höhere Mieteinnahmen oder weniger Ausgaben für Parkplätze. Finanzierungsinstrumente wie in Wien oder Frankreich zeigen, dass dies möglich ist.

Fazit:

Es liegt eine Menge Arbeit vor uns, die wir bis zum Ende dieser Wahlperiode nicht leisten können. Es herrschte Konsens darin, dass es mindestens eines Zeitraumes von zehn Jahren bedarf, um alle Fragen zu klären, ein realistisches Konzept erstellen zu können und nicht zuletzt auch die erforderliche Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Einer der nächsten Schritte wird eine Verständigung mit der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag sein, da die wichtigste rechtliche Voraussetzung für ein Bürgerticket eine Verankerung im Sächsischen Kommunalabgabengesetz ist.

➤ *Franziska Riekewald*

Quo vadis Sozialticket?



Als es bei der Einführung der Leipzig-Pass-Mobilcard um die Frage ging, wie viel das Ticket denn kosten dürfe, wurden die zur Diskussion stehenden 26,00 Euro innerhalb der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ heiß und kontrovers diskutiert. Denn schon damals lag er deutlich über dem im Regelbedarf vorgesehenen Betrag für die gesamte Mobilität von etwas über 20,00 Euro.

Letztendlich konnte sich bei dieser Diskussion innerhalb der Bürgerinitiative eine knappe Mehrheit dafür entscheiden, diese 26,00 Euro mitzutragen. Wie wir uns erinnern, wurde nach der Erprobungsphase des Sozialtickets ein Vertrag mit fünf Jahren Laufzeit über die Leipzig-Pass-Mobilcard geschlossen. Leider war durch diesen Vertrag auch die Leipzig-Pass-Mobilcard der mit absoluter Regelmäßigkeit

stattfindenden Fahrpreiserhöhungen am 1. August jeden Jahres unterworfen.

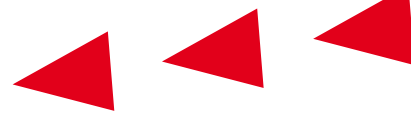
Dieses Jahr aber sollte die jährliche Preiserhöhung eine besondere Qualität bekommen. Zum einen würde dabei die Schallmauer von 30,00 Euro durchbrochen, zum anderen sollte die Erhöhung gleich 5,00 Euro betragen und somit der Preis auf 34,50 Euro steigen. Zwar konnte die Fraktion über einen Haushaltsantrag die Preiserhöhung etwas abmildern. Dennoch wird der Preis auf 32,50 Euro steigen. Damit erreicht er einen Bereich, der es für viele Leistungsbezieher schwierig macht, in diesem Fall noch von einem Sozialticket zu sprechen.

Doch auch ohne diese Erhöhung stehen wir an einem Scheideweg. Man wird die zukünftige Entwicklung in Leipzig genau beobachten müssen, Stichwort Min-

destlohn. Zudem verzeichnen die Statistiker ein Ansteigen der Durchschnittslöhne in Leipzig. Diese Entwicklungen werden es erforderlich machen, das ganze System des Leipzig Passes, an dem auch das Sozialticket hängt, neu auszutarieren.

Da wir ohnehin nicht umhinkommen werden, die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in Leipzig neu zu ordnen, bietet sich bei dieser Gelegenheit auch gleich die Chance, die Mobilität für alle Gesellschaftsschichten in der Stadt neu zu definieren. Dies bedeutet für die Kommunalpolitiker der Stadt eine Herkulesaufgabe für die nächsten zehn, zwölf Jahre. Die derzeitige Situation mit jährlich steigenden Fahrpreisen im Nahverkehr wird auf jeden Fall nicht mehr sehr lange den Bürgern zu vermitteln sein.

➤ *Naomi-Pia Witte*



Zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2015/16

Unser Leipzig – Für eine soziale und gerechte Stadt

Nach der Einbringung des Haushaltsplamentwurfes 2015/2016 hatte die Fraktion DIE LINKE einschließlich einzelner Stadtratsmitglieder in Summe mehr als 100 Änderungsanträge mit solider Gegenfinanzierung eingereicht. Sie zielen auf die nachhaltige Entwicklung Leipzigs als kinder- und familienfreundliche, aber auch älter werdende Stadt. Zwei unserer zentralen Forderungen: Das weitere soziale Auseinanderdriften der Stadtteile muss verhindert und allen Kindern Chancengleichheit eingeräumt werden.

Darüber hinaus wollten wir den Rückenwind aus den positiven Jahresergebnissen aus 2013 und 2014 sowie unseren Haushaltsantrag einer gebremsten Nettotilgung nutzen, um den Investitionsstau von mehr als einer Milliarde Euro in stärkerem Maße abzubauen sowie die Zukunftsfähigkeit unserer wachsenden Stadt zu erhalten. Zum Vergleich: Die Stadt Dresden plant allein im Haushaltsjahr 2016 ein fast 100 Mio. Euro höheres Investitionsvolumen als die Stadt Leipzig mit insgesamt 138,4 Mio. Euro.

Entscheidend für die Position der Fraktion zu den Haushaltsplänen waren die folgenden Änderungsanträge:

- Erhöhung der Mittel für Vereine und Verbände im Bereich der Jugendhilfe (2015/2016: 1,9 Mio. Euro),
- Erhöhung des Budgets für die Schulsozialarbeit (2015/2016: 860.000 Euro),
- Erhöhung des Budgets für die Werterhaltung und Instandsetzung von Schulen und Kitas (2015/2016: 6,0 Mio. Euro),
- Weitere Finanzierung der Leipzig-Pass-Mobilcard (2015/2016: 1,82 Mio. Euro),
- Finanzielle Ausstattung von Maßnahmen des „Wohnungspolitischen Konzeptes“ der Stadt Leipzig zur Gegensteuerung u. a. von steigenden Mieten (2015/2016: 1,25 Mio. Euro),
- Zuschuss an die LVB zur Sanierung von Gleisen und den Ausbau behindertengerechter Haltestellen (2015/2016: 2,0 Mio. Euro).

Wir konnten jeden der v. g. Anträge vollumfänglich, teilweise und wie den Antrag zur „Instandsetzung von Schulen

und Kitas“ sogar finanziell übererfüllen und umsetzen.

Dafür standen wir im wortwörtlichen Sinn bis fünf Minuten vor der entscheidenden Ratsversammlung in Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister für Finanzen.

Die Fraktion Die LINKE stellte nicht nur mehr als ein Drittel aller Haushaltsänderungsanträge, sie konnte sich auch in der Breite überaus erfolgreich bei ihrer Realisierung positionieren. 83 Prozent aller unserer eingebrachten Fraktionsanträge konnten vollständig bzw. teilweise mit einem Gesamtvolumen von 18,8 Mio. Euro für die beiden Haushaltsjahre umgesetzt werden. Nicht „nur“, dass erstmals auch ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung („Reduzierung des Etats für die Zinsaufwendungen“) eine Mehrheit im Stadtrat fand. Das Ergebnis übertrifft bei weitem unsere Erfolge der letzten Jahre. Damit konnte die Fraktion Die LINKE als „Alternative Gestaltungspartei“ – trotz grundsätzlicher Kritik – dem Doppelhaushalt zustimmen.

Unsere „grundsätzliche Kritik“ bezieht sich weiterhin auf die erheblichen Defizite bei der Transparenz des Doppelhaushaltes. Wir sehen auch ein beträchtliches Stück mangelnde Bürgerbeteiligung. Hier sollte die Verwaltung ein kräftiges „Mehr“ wagen. Weiterhin sind die teilweise fehlenden Umsetzungen unserer Mittelfristprogramme u. a. in Schulen, Kitas, bei dem Erhalt von Brücken und Straßen bedenklich. Auch den mangelnden Einsatz von Eigenmitteln der Stadt Leipzig für die kommende EU-Förderperiode sehen wir mit Sorge.

Dabei wird auch deutlich, dass für eine notwendige und weitreichende finanzielle Entlastung der Kommunen durch Bund und Freistaat dringender Handlungsbedarf besteht.

Steffen Wehmann



Kostengünstigeres Mittagessen für alle Kinder und Jugendliche mit Leipzig-Pass



Der Mindestlohn war notwendig und musste kommen. Er hat in einigen Familien das Einkommen erhöht, aber gleichzeitig wurden Preiserhöhungen angekündigt. Das Essen in Kindertagesstätten und Schulen wurde teurer, weniger Familien erhalten die Unterstützung bei der Schülercard und wie immer werden ab 1. August die ÖPNV-Fahrpreise wieder erhöht.

zuschlag beziehen. Es geht um Familien, deren Einkommen das 1,5-fache des Sozialhilfesatzes beträgt und die damit Leipzig-Pass berechtigt sind.

Der Stadtrat hatte einen solchen Beschluss bereits im September 2011 gefasst. Er wurde aufgehoben, weil diese Kinder und Jugendlichen auch aus dem Bildungs- und Teilhabepaket unterstützt wurden. Jene Hilfen fielen im vergan-

gleich zu gewähren. Das ist nicht erfolgt, daher haben wir schließlich diesen Antrag gestellt.

Der Leipzig-Pass ist eine freiwillige Leistung der Stadt Leipzig, mit der Geringverdiener unterstützt werden sollen. Was Kinder und Jugendliche täglich benötigen und was der Leipzig-Pass ihnen sicherstellte, war sozialverträglich, nicht kostenlos, das tägliche warme Mittagessen in der Schule oder Kita.

Der Antrag wurde mit 30 Fürstimmen (DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und 1 × SPD), 27 Gegenstimmen (CDU, 3 × AfD, 8 × SPD), und einigen Enthaltungen angenommen. Er ist zum 1. September 2014 rückwirkend gültig, da er in der Ursprungsfassung abgestimmt wurde. Jetzt ist es an den Betroffenen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Unsere Maximalforderung bleibt natürlich ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen in der Kita und Schule. Im ersten Schritt ist es nun möglich, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit Leipzig-Pass weiterhin ein kostengünstigeres Mittagessen erhalten.

Der Vater einer betroffene Familie schrieb nach der Abstimmung an uns: „Na und ob ich mich freue. Und erst meine Kinder. Ich weiß nicht, wie ich Ihnen danken soll. Obwohl es doch sehr bedenklich ist, dass so viele gegen den Antrag stimmten, ist dies doch ein deutliches Zeichen gegen unsere Kinder. Wie dem auch sei. NOCHMAL VIELEN, VIELEN DANK.“

Wir haben diese Freude geteilt.

➤ Margitta Hollick



Ein Teil der Leipziger Familien mit Kindern, die knapp über dem SGB II-Satz liegen und den Leipzig-Pass besitzen, ist besonders hart betroffen.

Im August 2014 hat die Fraktion DIE LINKE deshalb den Antrag auf Förderung des Mittagessens für Kinder und Jugendliche mit Leipzig-Pass, die nicht im Bildungs- und Teilhabepaket erfasst werden, gestellt. Es geht um Familien, die weder Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder Kinder-

genen Schuljahr weg. Ansinnen des Stadtrates und der Stadtverwaltung war 2011, dass kein Kind/kein Jugendlicher mit Leipzig-Pass schlechter gestellt werden sollte. Wir haben Anfang 2014, zu einem Zeitpunkt, an dem wir noch nicht wussten, wie die Bundesregierung das neue Bildungs- und Teilhabepaket ausgestaltet, im Fachausschuss festgelegt, dass im Falle des Wegfallens der Förderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für diese Betroffenen ein ergänzender Beschlussvorschlag vorgelegt wird, um einen entsprechenden Nachteilsaus-



Die alliierten Befreier Leipzigs ehren und der Stadt nützen

Bei strahlendem Sonnenschein wurde am 18. April im Beisein von Kulturbürgermeister Michael Faber mit der Enthüllung des Straßenschildes und der Erläuterungstafel die vom Stadtrat beschlossene Straßenbenennung CapasträÙe unmittelbar gegenüber dem gleichnamigen Haus feierlich vollzogen. Das im Ausbau weit fortgeschrittene Capa-Haus, wo am 8. Mai Richtfest gefeiert werden soll, gab dafür einen würdigen Hintergrund. Ende 2011 hatte sich die Fraktion DIE LINKE für Notsicherungsmaßnahmen unter Nutzung des städtischen Gebäudesicherungsprogramms eingesetzt. Damit wurde der Verfall aufgehalten und die derzeitige Sanierung ermöglicht. Die Notwendigkeit zur Rettung des nach dem amerikanischen Fotografen Robert Capa benannten Hauses Jahnallee 61 und der beiden Nachbargebäude ergab sich für DIE LINKE sowohl aus der geschichtlichen als auch aus der städtebaulichen Bedeutung. Bei der Befreiung Leipzigs am 18. April 1945 war der US-Soldat Raymond J. Bowman in dem Haus erschossen worden. An der Kreuzung Jahnallee/Capastraße markiert das mehrgeschossige Eckgebäude, das die Umgebung überragt, den Eingang in den Stadtteil Lindenau von der Innenstadt. Unter maßgeblichem Einsatz von Meigl Hoffmann und Ulf-Dietrich Braumann hat sich deshalb seit Jahren eine Bürgerini-

tiative für eine vielfältige Erinnerung an die Befreiung Leipzigs am 18. April 1945 in Lindenau stark gemacht.

Wenn Orte des Geschehens wie das Capa-Haus original erhalten bleiben, ist Erinnerung am besten erlebbar. Nicht oft ergibt sich auch die Möglichkeit, in unmittelbarer Nachbarschaft gleich zwei Menschen des Geschehens durch Benennung unbenannter Straßenabschnitte zu ehren. Neben der CapasträÙe ist dies auch mit der unbenannten Straßenverbindung südlich des Capa-Hauses zwischen Jahnallee und Lützner Straße möglich, die erst zwischen 1973 und 1975 als Umgehung zur Entlastung

der Haltestelle am Straßenbahnhof Angerbrücke gebaut wurde. Dieser Straßenabschnitt soll nach dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE und der Bürgerinitiative nach Raymond J. Bowman benannt werden, der als letzter amerikanischer Soldat bei der Befreiung Leipzigs getötet wurde. Das von Robert Capa fotografierte Geschehen ging als Bild im Sommer 1945 um die Welt. So sollen die alliierten Befreier Leipzigs würdig geehrt werden und gleichzeitig entsteht ein Nutzen für die heutige Stadt.

Unbedingt sind auch die mahnenden Worte des Gedenkens und der Erinnerung an die Befreiung Leipzigs durch US-Truppen von Scott Riedmann, Generalkonsul der USA auf dem anschließenden Meeting vor der amerikanischen Militärkommandantur von 1945 zu würdigen.

Der Generalkonsul sprach nicht nur von den amerikanischen Soldaten, sondern den Alliierten Armeen, die gemeinsam Deutschland befreiten, und erinnerte an das Zusammentreffen amerikanischer und sowjetischer Truppen in Torgau. Peinlich deshalb die Behauptung der übrigen Redner, dass zu DDR-Zeiten die Befreiung Leipzigs durch US-Truppen verschwiegen wurde. Wie hätte dies glaubhaft geschehen können? Viele Leipziger hatten die Befreiung durch die Amerikaner unmittelbar miterlebt und auch den Kindern davon berichtet.

➤ *Siegfried Schlegel*

